Stand: 16.12.2025 01:57:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16168

"Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16168 vom 29.03.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17162 des WK vom 16.05.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/17341 vom 21.06.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.03.2017 **Drucksache** 17/16168

Antrag

der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Kathi Petersen SPD

Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Regionalisierung der Hochschulen dezentrale Studienangebote den Hauptstandorten der Fachhochschulen hinsichtlich der Finanzierung gleichzusetzen. Dies bedeutet, dass der Freistaat die Kosten für das Personal, die technische Ausstattung sowie für die räumliche Unterbringung einschließlich Betriebskosten der Forschungsaußenstellen sowie der Technologietransferzentren trägt.

Begründung:

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle hat erklärt, dass mit dem Konzept der Regionalisierung der Hochschullandschaft die Breite des akademischen Bildungsangebots, aber auch die Reichweite und örtliche Präsenz verbessert werden und die neuen Wissenschaftseinrichtungen ein Beitrag zur Bereitstellung hochqualifizierter Arbeitskräfte in den Regionen sein sollen. Als Ziel des regionalen Ausbaus nennt das Staatsministerium, dass Räume mit besonderem Handlungsbedarf einen Schwerpunkt bei der Schaffung von dezentralen Hochschulstandorten bilden. Durch die strukturpolitische Komponente der wissenschaftsgestützten Struktur- und Regionalisierungsstrategie sowie weiterer Programme (Nordbayerninitiative, Aktionsplan Demografischer Wandel, ländlicher Raum) sollen Kommunen und Landkreise mit Ansiedlung einer Hochschulaußenstelle verbesserte Rahmenbedingungen auf eine nachhaltige positive Entwicklung erhalten.

Die positiven Auswirkungen auf eine Kommune, wenn sie Standort eines dezentralen Studienangebots wird, etwa durch die Gewinnung hochqualifizierter Arbeitskräfte in den Regionen, sind offenkundig. Dies gilt sowohl für die Hochschulhauptstandortkommunen, als auch für die dezentralen Standortkommunen. Dieser positive Einfluss wird auch durch die 2015 veröffentlichte Studie des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung (IHF) zu den regionalpolitischen Effekten von Hochschulstandorten bestätigt.

An dezentralen Standorten sind aber durch die Kommunen erhebliche Leistungen für den Bau, die Einrichtung und für die laufenden Betriebskosten zu erbringen. Diese Mittel sind gerade bei Räumen mit besonderem Handlungsbedarf nicht vorhanden. Die Regionalisierung ist von der Staatsregierung gewollt, deshalb darf der Freistaat die Kommunen auch nicht im Stich lassen und in noch größere finanzielle Bedrängnis bringen. Schließlich heißt es in Art. 138 der Bayerischen Verfassung (BV): "Die Errichtung und Verwaltung der Hochschulen ist Sache des Staates."

Gerade weil es bei den anvisierten Standorten dezentraler Studienangebote vorwiegend um Räume mit besonderem Handlungsbedarf handelt, muss die auf Dauer angelegte staatliche Grundfinanzierung über den Staatshaushalt der Regelfall sein. Dies muss für alle Studienorte gleichermaßen gelten: Die Hauptstandorte der Fachhochschule ebenso wie die dezentralen Studienangebote, also Forschungsaußenstellen sowie Technologietransferzentren. Auch für den Zeitraum der Anschubfinanzierung muss dies der Regelfall sein und darf nicht Auswahlkriterium für den Standort eines dezentralen Studienangebots sein. Vielmehr sollen die Standorte mit Bedacht gewählt werden, eine "wahllose Regionalisierung" nur der Regionalisierung wegen ist wenig zielführend. Wichtigere Gewichtungsfaktoren müssen die potentielle studentische Nachfrage und nachhaltige Akzeptanz des dezentralen Standortes bei Studierenden und Lehrenden sein.

Als Vorbild sollten die Behördenverlagerungen dienen, wo die Kosten in vollem Umfang vom Freistaat getragen werden. Für Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen als bedeutende und vor allem äußerst nachhaltige strukturpolitische Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raums muss es möglich sein, dass die Finanzierung auch vollumfänglich über den Staatshaushalt erfolgt.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/17162 16.05.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD

Drs. 17/16168

Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Georg Rosenthal** Mitberichterstatter: Oliver Jörg

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 26. April 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 155. Sitzung am 16. Mai 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.06.2017 Drucksache 17/17341

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Kathi Petersen SPD

Drs. 17/16168, 17/17162

Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen für die einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorgelegte Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Kollegin Claudia Stamm schließt sich dem Votum mit an und stimmt zu.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Beratungsangebote zu Elterngeld und Elternzeit ausbauen Drs. 17/12177, 17/16951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Angemessene Unterbringung von queeren Geflüchteten in Bayern Drs. 17/15854, 17/16957 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geodaten kostenfrei nutzbar machen Drs. 17/16024, 17/17071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Auch Kunst- und Kulturlehrpfade ermöglichen! Drs. 17/16134, 17/17161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Beleghebammen unterstützen Drs. 17/16140, 17/17158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	团	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden Drs. 17/16156, 17/17157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Bericht zu geplanten "bayerischen Transitzentren" Drs. 17/16163, 17/16945 (E) [X]

Antrag gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren Drs. 17/16168, 17/17162 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer u.a. CSU Bayerische Fluchtursachenbekämpfung in Afrika und im Nahen Osten Drs. 17/16173, 17/17172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ingrid Heckner u.a. CSU Soziale Berufe zukunftsfest machen!

Drs. 17/16201, 17/17144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU) Abgabe von Wasserstoffperoxid an Jäger weiterhin ermöglichen Drs. 17/16320, 17/17077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

12.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
	Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
	Wasserarmut in Franken – was macht die Staatsregierung?
	Drs. 17/16324, 17/17068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sofortmaßnahme gegen Lehrermangel an Grundschulen: Einsatz von Realschul- und Gymnasiallehrkräften als Lotsen für den Übertritt Drs. 17/16325, 17/17167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid gewährleisten Drs. 17/16344, 17/17076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Förderprogramm für Investitionen in umweltschonende Landmaschinen Drs. 17/16346, 17/17188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung: Weißbuch zur Zukunft Europas: Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27 Drs. 17/16348, 17/17171 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzerthaus-Neubau und Gasteig-Sanierung: Für eine praktikable und kostensparende Lösung für die Musikstadt München Drs. 17/16351, 17/17163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen bei psychisch Kranken Drs. 17/16363, 17/17160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Bericht über neue Verfahren in der Gentechnologie Drs. 17/16447, 17/17069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Neunjähriges Gymnasium auch für bestehende 5. und 6. Klassen ermöglichen! Drs. 17/16466, 17/17165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD Bericht zu Cum-Ex Drs. 17/16650, 17/17072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Beste Bildung – von Anfang an XI – Qualitätsberatung und -begleitung für die Kindertagespflege Drs. 17/16653, 17/17004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)
Drs. 17/16806, 17/17002 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerns Übertrittsverfahren reformieren – Lernentwicklungsgespräche statt Übertrittszeugnis Drs. 17/16828, 17/17166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vollzug des Ausländerrechts praxistauglich gestalten – Planungssicherheit für Bayerns Betriebe Drs. 17/16963, 17/17169

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht über den Stand der Arbeiten an einem Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz (Psych-KHG) Drs. 17/16842, 17/16944

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Bericht zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst Drs. 17/15819, 17/17140

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat